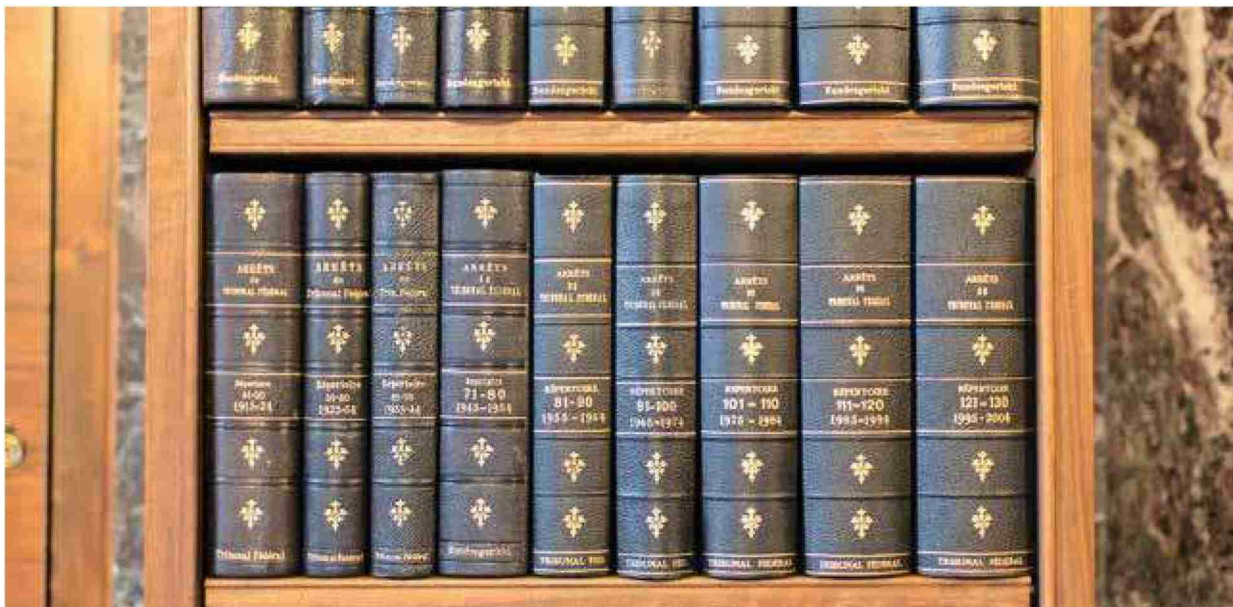


«SVP war allein gegen alle anderen»

Wie geht es jetzt weiter nach dem Nein zur Selbstbestimmungs-Initiative? Und was ist überhaupt der Grund für das deutliche Nein? Die vier Schaffhauser Bundesparlamentarier wagen eine Einschätzung.



Dass das Volk gegen den Vorrang des Schweizer Rechts entschieden hat, enttäuscht einige Schaffhauser.

BILD KEY

Anna Kappeler

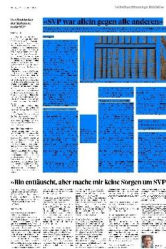
SCHAFFHAUSEN. Mit wuchtigen 66 Prozent hat das Schweizer Stimmvolk die Selbstbestimmungs-Initiative (SBI) der SVP gestern abgelehnt. Ein klares Verdikt, sagt der Schaffhauser SVP-Ständerat Hannes Germann: «Die Antwort lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Das ist unbefriedigend, aber zu akzeptieren.» Es sei nicht gelungen, aufzuzeigen, warum es bei der Übernahme von internationalem Recht genau gehe: «Nämlich um unsere Selbstbestimmung», sagt Germann. Stattdessen hätten die Gegner auf Nebenschauplätzen wie den Menschenrechten Verunsicherung streuen können.

Ein klares Resultat, sagt auch Germanns Parteikollege im Nationalrat, Thomas Hurter. Dieses gelte es zu akzeptieren. «Immerhin ist das Resultat im Kanton Schaffhausen knapper ausgefallen. Das freut mich und zeigt, dass Schaffhausen als Grenzkanton affiner ist für die Thematik» (siehe Box). Auch Ständerat Thomas Minder (parteilos), der zur SVP-Fraktion gehört, verweist auf das «erfreulichere»

Schaffhauser Resultat, national aber sei er enttäuscht. Gerade umgekehrt sieht es Nationalrätin Martina Munz (SP/SH): «Der Kanton Schaffhausen ist eine SVP-Hochburg, das zeigt sich im Abstimmungsresultat und auch daran, dass von vier Bundesparlamentariern drei der SVP-Fraktion angehören. Ich bin froh, ist das gesamtschweizerisch anders.»

«Keine Chance gegen Schulterchluss»

Warum das heftige Nein der Bevölkerung? «Die SVP hatte keine Chance gegen den Schulterchluss und die geballte Macht von rechts bis links», sagt Minder. Hurter ergänzt: «Es wurde massiv Angst geschürt, etwa von der Economiesuisse mit der Behauptung, bei einem Ja würden 600 Verträge gekündigt. Uns blieb unter anderem die Rolle, diese Falschaussagen wieder zu korrigieren. Unsere Kampagne war gut, daran ist es nicht gescheitert.» Aber die vielen Gegner und deren unterschiedliche Aussagen hätten die Bevölkerung verunsichert. Auch Minder findet, dass ein-



mal mehr die SVP allein gegen alle anderen gewesen sei. Als möglichen Grund für das Nein nennt er die SVP-Kampagne, die ständig weicher werde. Oder aber es sei dem Umstand geschuldet, so der Initiator der Abzocker-Initiative, dass es ungeheuer schwierig sei, in der Schweiz eine Volksinitiative durchzubringen. «Das Volk sagt im Zweifel immer Nein.» Aktuelles Beispiel dafür sei die Hornkuh-Initiative, die trotz vieler Sympathien gescheitert sei.

Eine andere Erklärung hat Munz: «Die Bevölkerung ist langsam, aber sicher geläutert von Volksinitiativen aus dem Hause SVP. Die Leute schauen inzwischen sehr genau hin, zu was sie Ja sagen.» Die Partei fahre zunehmend eine Schiene, die von einer Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr goutiert werde. Die SVP versuche sich nun als Opfer zu inszenieren. «Aber das ist falsch», sagt Munz. Das Nein sei ein sehr deutliches Statement der Bevölkerung, ein Nein zur Isolation.

«Thema beschäftigt Schweiz weiter»

Doch was bedeutet dieses Nein des Stimmbvolks für die weiteren politischen Diskussionen? «Die Übernahme von internationalem Recht ist nicht vom Tisch, das Thema beschäftigt die Schweiz weiterhin», sagt Hurter. Auch wenn die SBI abgelehnt worden sei, sei das Resultat trotzdem ein Wink an das Bundesgericht, bei der Auslegung internationaler Verträge Zurückhaltung zu üben. Auch Ständerat Germann findet, dass nun bei der Weiterentwicklung des Rechts genau hingeschaut werden müsse. Der UNO-Migrationspakt sei so ein Beispiel. Da werde manch einer noch staunen, wenn der plötzlich bindend werden sollte. «Nun gilt es vor allem, das Rahmenabkommen zu bodigen. Ein Nein dazu ist wichtiger als ein Ja zur SBI, weil dieses ja dann sowieso wieder anders umgesetzt worden wäre», sagt Germann.

Vom Vorwurf der SBI-Gegner, dass die SVP das Volk nicht mehr spüre, wollen die SVP-Parlamentarier nichts wissen. Auch davon nicht, dass sie in einem ihrer Kerngebiete eine Schlappe eingefahren haben. «Wer nicht umfällt, kann auch nicht wieder aufstehen», sagt Hurter. Die SVP habe noch viele andere wichtige Dossiers, er nennt die Sicherheit, die Armee, die Verkehrspolitik, den Migrationspakt oder das Rahmenabkommen. Germann ergänzt: «Ich glaube nicht, dass sich die Leute

aufs Wahljahr hin nun von der SVP abwenden werden.» Die SVP werde sich bei einzelnen Sachvorlagen weiter vehement für Selbstbestimmung und die Stärkung unserer Demokratie einsetzen. Munz dagegen sagt: «Die Wahrheit ist: Die SVP bringt Initiativen, welche radikal sind und unsere Demokratie antasten wollen – deswegen werden sie auch abgelehnt.» Es sei, so Munz, die SVP, die das Erfolgsmodell Schweiz ins Schleudern bringe.

Minder bringt noch eine weitere Komponente ins Spiel: «Bei Volksabstimmungen ist immer auch das Momentum entscheidend.» Hinsichtlich der Kündigungs-Initiative werde es die SVP denn auch nicht leicht haben, wenn die Migrations- und Flüchtlingszahlen weiterhin so tief wie aktuell blieben, prophezeit er.

Wie der Kanton Schaffhausen bei der SBI gestimmt hat

Der Kanton Schaffhausen hat mit 57 Prozent Nein gesagt zur Selbstbestimmungs-Initiative (SBI), weniger deutlich als der Schweizer Durchschnitt. In einigen Gemeinden kam es zu sehr knappen Entscheidungen. So in Merishausen. Am Schluss lagen die Befürworter der SBI in der Gemeinde nur mit drei Stimmen vorn (202 zu 199). In Rüdlingen siegten dafür die Gegner ganz knapp mit 212 zu 208 Stimmen. Auch in Büttenhardt und Lohn trennten Sieger und Verlierer weniger als 10 Stimmen. Deutlich wurde es hingegen in der Stadt. 5143 Schaffhauser stimmten für die Vorlage, 9102 dagegen. In die andere Richtung deutlich wurde es in Buch (92 Ja- zu 45 Nein-Stimmen). Insgesamt waren je 13 Gemeinden für die Initiative und 13 dagegen. (daz) ■

57

Prozent der Schaffhauser Stimmberechtigten sagen Nein zur Selbstbestimmungs-Initiative, landesweit sind es 66 Prozent.